



Berlin, den 26 Januar 1899.

No. 2.XXIV. 14.

An das schweizerische Politische Departement, Bern.

Hochgeachteter Herr Bundespräsident.

Im Verfolge meines Berichtes vom 23 d.M. betreffend die neue Circular-Note des Grafen Mouravieff beehre ich mich, Sie zu benachrichtigen, dass die Kaiserliche Regierung dieselbe bereits beantwortet hat und zwar, wie mir aus absolut glaubwürdiger Quelle versichert worden ist, in folgendem Sinne :

Im Allgemeinen wird wiederholt betont, wie sympathisch die hiessige Regierung der hochherzigen Initiative des Kaisers Nicolaus gegenüberstehe und wie erfreulich es sei, dass dieselbe von dem Herscher eines Reiches ausgegangen sei, welches in der Europäischen Politik eine so hervorragende Stellung einnehme. Die Kaiserliche Regierung könne nur auf's Neue ihre Bereitwilligkeit zu erkennen geben, an den vorgeschlagenen Conferenzverhandlungen Theil zu nehmen, dagegen wünsche sie, dass von Vorverhandlungen zwischen den Mächten zum Zwecke der Aufstellung eines Programms für die Conferenz-Verhandlungen Umgang genommen werde und dass die Frage, welche Punkte des Mouravieff'schen Rundschreibens zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden sollen, der Conferenz selbst vorbehalten bleibe. Mit grosser Genugthuung - ist dann im Besondern noch betont worden - habe die Kaiserliche Regierung davon Akt genommen, dass nach den Intentionen des Kaisers Nicolaus „Toutes les questions concernant les rapports politiques des Etats et l'ordre de choses établi par les traités comme en général toutes les questions qui ne rentreront pas directement dans le programme adopté par les Cabinets devront être absolument exclues des délibérations de la Conférence.“



Aus den mir vertraulich gewordenen Mittheilungen meines Gewährsmann's muss ich aber schliessen, dass man in den hiessigen Regierungskreisen sich von der vorgeschlagenen Conferenz fortgesetzt betreffend ein materielles Ergebniss derselben sehr wenig verspricht und von den Programm-Punkten allgemeiner Natur nur die Frage betreffend den „Arbitrage facultatif“ (Ziffer 8 des Mouravieff'schen Rundschreibens) als eine solche betrachtet, die zu einer Verständigung führen könnte. Darüber, wie die Kaiserliche Regierung sich zu den Punkten stellen dürfte, welche auf die Genfer-Convention, bezw. die Brüssler-Convention von 1874 Bezug haben, konnte ich von meinem Gewährsmann nichts Bestimmtes erfahren.

Noch sei erwähnt, dass neuern Berichten aus St. Petersburg zu Folge die Kaiserin - Wittve gegen den Grafen Mouravieff in hohem Masse aufgebracht sein soll, weil derselbe nicht den Muth besessen habe, den Kaiser Nicolaus von diesem Unternehmen, welches unfehlbar zu einem Hech führen werde, abzubringen.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Ihr ergebenster

